

05.12.90

AA - AS - In - R

Empfehlungen

der Ausschüsse

zur

EntschlieÙung des Bundesrates zur Rechtsstellung der in
Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte

- Antrag des Landes Rheinland-Pfalz -

Punkt 22 der 625. Sitzung des Bundesrates am 14. Dezember 1990

A

Der federführende Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten
(AA),

der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik (AS) und

der Ausschuß für Innere Angelegenheiten (In)

empfehlen dem Bundesrat, die EntschlieÙung nach Maßgabe der
nachstehenden Änderungen zu fassen:

AA
In

1. Zu Absatz 2

In Absatz 2 ist Satz 1 durch folgende Sätze zu ersetzen:

"Die Anwesenheit ausländischer Streitkräfte wird sich
daher künftig nicht mehr auf Rechte der vier Sieger-
mächte gründen können. Für das Gebiet der bisherigen
Bundesrepublik wird sich die Anwesenheit auf bilaterale
Verträge des jeweiligen Entsendestaates mit der Bundes-

Ausgeliefert am 06. DEZ. 1990

republik Deutschland auf der Grundlage des NATO-Truppenstatuts oder auf das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut stützen müssen."

Begründung:

Klarstellung in Hinsicht auf die andere Situation im Beitrittsgebiet.

2. Zu Absatz 3

AA
AS

In Absatz 3 ist nach Nummer 1, 5. Spiegelstrich folgender Text einzufügen:

"- den Betriebsvertretungen bei den Stationierungstreitkräften ein Recht auf Interessenausgleich und Sozialplan entsprechend den Regelungen im Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt wird,".

Begründung:

Bei der Auflösung bzw. personellen Einschränkung von Militärstandorten sind die Vertretungen der Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften bisher rechtlos gestellt, was Verhandlungen über einen Interessenausgleich sowie den Abschluß von Sozialplänen angeht. Da es im Zuge der aktuellen Entwicklung vermehrt zu Schließungen bzw. personellen Einschränkungen von Militärstandorten kommt und der Kündigungsschutz der Arbeitnehmer eingeschränkt ist, sind hier verstärkte Rechte der Betriebsvertretungen erforderlich.

...

AA
In

3. Zu Absatz 3

In Absatz 3 ist Nummer 2 wie folgt zu fassen:

"2. Der Bundesrat begrüßt die Absicht der Bundesregierung, Vertreter der Länder in die Verhandlungsdelegation zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut aufzunehmen."

Begründung:

In Gesprächen des Auswärtigen Amtes mit den Ländern ist inzwischen zugesagt worden, Ländervertreter in die Verhandlungsdelegation mitaufzunehmen.

B

4. Der Rechtsausschuß

empfiehlt dem Bundesrat, die EntschlieÙung zu fassen.